



Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement

Policy Paper

Künstliche Intelligenz gemeinsam gemeinwohlorientiert gestalten

Ausgangslage

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verändert Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft in rasantem Tempo. Unterschiedliche KI-Systeme – von datenbasierter Analyse über Automatisierung bis hin zu generativen Systemen – beeinflussen Informationsflüsse, Entscheidungsprozesse, Arbeitsmärkte und demokratische Diskurse.

Die Zivilgesellschaft ist davon in doppelter Weise betroffen:

Sie ist **Anwenderin, Gestalterin sozialer Innovation** – und zugleich auch **Wächterin demokratischer Werte**. Dennoch wird ihre Perspektive bei technologischer Entwicklung, Governance-Fragen, Regulierung und Förderpolitik bislang zu wenig systematisch einbezogen.

Damit KI dem Gemeinwohl dient und transparent, diskriminierungsarm sowie verantwortungsvoll und demokratisch kontrollierbar eingesetzt wird, braucht es eine starke, kompetente und handlungsfähige Zivilgesellschaft.

Warum das jetzt entscheidend ist

Die im Koalitionsvertrag angekündigte altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive setzt ein wichtiges Signal: Digitale Souveränität, gesellschaftliche Resilienz und demokratische Teilhabe hängen maßgeblich von Kompetenzen im verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Technologien – insbesondere Künstlicher Intelligenz – ab.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Kompetenzoffensive aktiv umgesetzt und die Zivilgesellschaft gezielt einbezogen werden. Dabei können zivilgesellschaftliche Organisationen eine zentrale Rolle als Multiplikator*innen übernehmen:

- Sie setzen KI zunehmend selbst ein.
- Sie arbeiten nah an gesellschaftlichen Realitäten, insbesondere mit vulnerablen Gruppen und in konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen.
- Sie schaffen Zugänge zu digitaler Teilhabe.
- Sie bringen besondere Expertise zu gesellschaftlichen Auswirkungen digitaler Technologien und zu Fragen der Demokratiegestaltung ein
- Sie begleiten gesellschaftliche Transformationsprozesse kritisch und konstruktiv

Werden zivilgesellschaftliche Perspektiven in strategischen und rechtlichen Weichenstellungen nicht systematisch berücksichtigt, entsteht ein strukturelles Defizit. Die Stärkung der Zivilgesellschaft im Kontext von KI ist daher kein Einzelinteresse, sondern Teil einer demokratischen Infrastrukturpolitik.

Zentrale Forderungen

Die Forderungen richten sich an die **Bundesregierung und die zuständigen Bundesministerien**, insbesondere im Bereich Digitales, Bildung, Wirtschaft und Inneres, da sie die strategischen Rahmenbedingungen, Förderprogramme und Regulierungen für KI maßgeblich gestalten.

Zugleich adressieren diese Forderungen **wirtschaftliche Akteure** – von Technologieunternehmen bis zu Branchenverbänden –, weil Produktentwicklung, Infrastruktur und Marktlogiken sowie die Verfügbarkeit offener und gemeinwohlorientierter Systeme entscheidend beeinflussen, ob KI-Anwendungen gemeinwohlorientiert, inklusiv und im Sinne digitaler Souveränität gestaltet werden.

Nur wenn politische Steuerung und wirtschaftliche Innovationskraft die Zivilgesellschaft als gleichwertige Partnerin einbeziehen, kann KI gesellschaftlich verantwortungsvoll wirksam werden.

1. Zivilgesellschaft systematisch in KI-Entwicklung und Regulierung einbeziehen

Zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten nah an gesellschaftlichen Realitäten: mit vulnerablen Gruppen, im Bildungsbereich, in der Demokratieförderung, im Klima- und Sozialbereich. Sie erleben unmittelbar, wo der Einsatz von KI Chancen eröffnet – und wo Risiken entstehen.

Wir als BBE fordern daher:

- eine **verbindliche Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen** bei der Entwicklung von KI-Strategien, Governance-Strukturen, Normen und gesetzlichen Rahmenbedingungen
- die **Einbindung gemeinnütziger Organisationen in Multi-Stakeholder-Prozesse** zur Produktentwicklung und ethischen Bewertung von KI-Systemen
- die strukturelle Verankerung zivilgesellschaftlicher Expertise in **Beiräten, Ethikgremien und Innovationsforen**

Ohne diese Perspektiven drohen Regelwerke und Technologien an gesellschaftlichen Bedarfen vorbei zu entstehen und wichtige demokratische und gesellschaftliche Auswirkungen unzureichend zu berücksichtigen.

2. Bundesweite KI-Kompetenzoffensive für die Zivilgesellschaft

Die Einführung und Nutzung von KI stellt insbesondere kleine und mittlere gemeinnützige Organisationen vor große Herausforderungen:

- fehlende Zeit und Ressourcen für strategische Auseinandersetzung
- geringe IT- und Datenkompetenz
- Unsicherheiten bei Datenschutz, Urheberrecht und ethischer Nutzung
- Sorge vor Abhängigkeit von großen (US-amerikanischen) Plattformanbietern und proprietären KI-Infrastrukturen sowie den damit verbundenen Machtasymmetrien

Gleichzeitig liegen hier enorme Potenziale: etwa in der Automatisierung administrativer Aufgaben, der Analyse gesellschaftlicher Bedarfe, effizientere Kommunikation, der Auswertung von Daten aus Projekten und Programmen oder neuen Beteiligungsformaten.

Wir als BBE fordern daher:

- eine **bundesweite, langfristig angelegte Kompetenzoffensive** für KI in der Zivilgesellschaft
- niedrigschwellige, praxisnahe Weiterbildungs- und Beratungsangebote speziell für **kleine und mittlere Organisationen**
- Förderung von **Peer-Learning-Formaten**, Beratungsstrukturen und offenen Wissensressourcen
- Programme, die nicht nur Technik vermitteln, sondern auch **ethische, rechtliche und strategische Kompetenzen** für eine verantwortungsvolle und bedarfsorientierte Nutzung von KI

Digitale Teilhabe darf nicht von Organisationsgröße oder Budget abhängen.

3. Förderprogramme für gemeinwohlorientierte KI-Innovation

Während Unternehmen umfassend in KI-Entwicklung investieren, fehlen gemeinnützigen Organisationen oft die Mittel, um eigene KI-basierte Lösungen zu entwickeln oder bestehende Systeme verantwortungsvoll anzupassen.

Dabei kann KI im gemeinnützigen Sektor:

- Prozesse beschleunigen und Ressourcen effizienter einsetzen
- neue Angebote für Zielgruppen ermöglichen
- datenbasierte Entscheidungsgrundlagen schaffen
- gesellschaftliche Innovation vorantreiben

Wir als BBE fordern daher:

- spezifische **Förderprogramme für KI-Innovation in gemeinnützigen Organisationen**, insbesondere für **offene und gemeinwohlorientierte Lösungen, die nutzer*innenzentriert und problemorientiert** entwickelt werden
- Unterstützung sowohl für **experimentelle Projekte** als auch für **Skalierung erfolgreicher Ansätze**
- die Finanzierung von **technischer Infrastruktur, gemeinsam nutzbaren Ressourcen, Datenmanagement und externer Expertise**
- Förderlogiken, die **Risiko, Lernen und iterative Entwicklung** ermöglichen – nicht nur kurzfristige Projektlogiken
- **Projektförderungsanteil von 10 Prozent** für Digitalisierung und Implementierung von KI

Gemeinwohlorientierte KI darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen, sondern braucht strukturelle Förderung und passende Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur.

Unser Angebot

Das BBE und seine Mitgliedsorganisationen bringen breite Praxiserfahrung, gesellschaftliche Nähe und hohe Innovationskraft mit. Wir stehen bereit für:

- Vertrauliche und ressortübergreifende Dialogformate zu engagementpolitischen Vorhaben auf Bundesebene
- Breite Beteiligungsprozesse der organisierten Zivilgesellschaft in Strategie- und Konsultationsprozessen sowie zu politischen Initiativen, zuletzt zur Engagementstrategie des Bundes
- Umsetzung öffentlicher Formate zu Wissenstransfer, Best Practices, Dialog und Vernetzung
- die Mitwirkung in Beiräten und Expert*innenformaten
- Pilotprojekte und Reallabore
- gemeinsame Entwicklung verantwortungsvoller KI-Anwendungen

Redaktion:**BBE-Strategierunde im Themenfeld „Digitale Transformation & KI“**

vertreten durch Dr. Stephanie Kowitz-Harms, Stiftung Bürgermut; Susanne Saliger, Akademie für Ehrenamtlichkeit; Teresa Staiger, Bertelsmann Stiftung

Kontakt:

Dr. Stephanie Kowitz-Harms | BBE-Themenpatin „Digitale Transformation & KI“
Geschäftsführende Vorständin Stiftung Bürgermut

E-Mail: stephanie.kowitz-harms@buergermut.de

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von aktuell rund 300 Organisationen und Institutionen aus Zivilgesellschaft, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamtes und der Zivilgesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Das BBE versteht sich als Wissens- und Kompetenzplattform sowie politische Impulsgeberin für die vielfältigen Belange der Zivilgesellschaft. Die BBE Geschäftsstelle gGmbH ist die Trägerin der Projekte und der Geschäftsstelle des Netzwerks.

Weitere Informationen über das BBE erhalten Sie unter www.b-b-e.de

Kontakt BBE-Geschäftsstelle:

Dr. Lilian Schwalb | BBE-Geschäftsführerin

E-Mail: lilian.schwalb@b-b-e.de

Impressum

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

BBE Geschäftsstelle gGmbH

Michaelkirchstraße 17/18

D-10179 Berlin

Geschäftsführung: Dr. Lilian Schwalb (V.i.S.d.P.)

Amtsgericht Charlottenburg, HRB 129 205 B

Sekretariat der Geschäftsstelle:

Tel.: 030/166353-500

E-Mail: info@b-b-e.de



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**